

DDR '89. ZU DEN URSACHEN EINER SPONTANEN REVOLUTION*

Von Karl-Dieter Opp

Trotz der umfangreichen Literatur über die Revolution¹ in der DDR im Jahre 1989 ist die Frage, warum es dazu kommen konnte, noch nicht befriedigend beantwortet. Wenn z. B. behauptet wird, die Unzufriedenheit in der DDR sei eine Ursache für die Revolution gewesen, dann ist zu fragen, warum die Proteste nicht bereits früher auftraten, da hohe Unzufriedenheit nicht erst im Oktober 1989 bestand. Die Unzufriedenheits-These kann auch nicht erklären, warum die Proteste anstiegen, als die staatliche Repression, eine wichtige Ursache der Unzufriedenheit, im Oktober 1989 zurückging. Wenn weiter die Ausreisewelle oder die Politik Michail Gorbatschows als Ursache der Revolution angegeben werden, bleibt die Frage offen: Warum sollte sich ein einzelner Bürger an Protesten beteiligen, wenn andere Bürger das Land verlassen oder wenn ein sowjetischer Politiker 1985 eine neue Politik einführte? Die Antwort, daß dadurch die Unzufriedenheit der Bürger weiter anstieg, führt nicht weiter, denn die Unzufriedenheits-These ist ebenfalls mit Problemen behaftet. Wie kann die Revolution in der DDR erklärt werden? Diese Frage steht im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen. Dabei wird zunächst die Entwicklung der Proteste skizziert, sodann wird eine Erklärung vorgeschlagen, die von einem individualistischen sozialtheoretischen Ansatz ausgeht.

1. Die Entwicklung der Proteste in der DDR

In der DDR hat es seit ihrem Bestehen immer wieder in kleinerem Ausmaß Proteste der verschiedensten Art gegeben. Diese bestanden erstens aus einzelnen kleineren Demonstrationen. Die Anzahl solcher Demonstrationen und die Anzahl der Teilnehmer

* Dieser Aufsatz entstand im Rahmen eines Forschungsprojekts, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird und das der Verfasser zusammen mit Prof. Dr. Peter Voß (Leipzig) durchführt. Ich möchte der deutschen Forschungsgemeinschaft für die finanzielle Unterstützung und Herrn Voß für wertvolle Hinweise danken.

1 Der Begriff der Revolution wird in der Literatur unterschiedlich verwendet. Ob man die Veränderungen in der ehemaligen DDR im Jahre 1989 als Revolution bezeichnet, hängt von der Definition dieses Begriffs ab. Da sich die Bezeichnung „Revolution“ für die Ereignisse in der DDR eingebürgert hat, erscheint es zweckmäßig, diesen Begriff auch im folgenden zu verwenden. Dabei soll als „Revolution“ die Änderung einer gesellschaftlichen Ordnung, die nicht durch politische Wahlen zustandekam, bezeichnet werden. Bei dieser Definition ist es also unerheblich, ob die gesellschaftlichen Veränderungen durch Gewalt oder friedlich zustandekamen. Wenn auch diese Definition von „Revolution“ präzisierungsbedürftig ist, so steht außer Frage, daß es sich bei den Ereignissen in der DDR um die „Änderung einer gesellschaftlichen Ordnung“ und somit um eine Revolution handelte.

nahmen ab Mai 1989 zu. Am 7.5.1989 fand in der DDR eine Kommunalwahl statt, deren Ergebnisse offensichtlich gefälscht waren. Nach dem 7.5. erfolgten mehrere Demonstrationen gegen diese Wahlfälschungen. Seit Ende September 1989 wuchs die Anzahl der Demonstrationen und der Teilnehmer sprunghaft. Beispielfhaft sei die Anzahl der Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen auf dem Karl-Marx-Platz in Leipzig genannt. Diese Demonstrationen fanden nach den Friedensgebeten, die seit 1982 in der Nikolai-Kirche gehalten wurden, statt. Die Demonstrationen in Leipzig waren der Ausgangspunkt für die Revolution in der DDR und sind deshalb von besonderem Interesse. An der Montagsdemonstration am 4.9. nahmen ca. 800 bis 1200 Personen teil. Die Entwicklung ab 25.9. ist in *Tabelle 1* dargestellt.²

Tabelle 1: Die Anzahl der Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen in Leipzig

Datum	Niedrigste Schätzung	Höchste Schätzung	Mittlere Schätzung
25. 9.89.	5.000	8.000	6.500
2.10.89	15.000	25.000	20.000
9.10.89	70.000	70.000	70.000
16.10.89	> 100.000	120.000	> 110.000
23.10.89	150.000	300.000	225.000
30.10.89	200.000	500.000	350.000
6.11.89	400.000	500.000	450.000
13.11.89	150.000	200.000	175.000
20.11.89	> 100.000	200.000	> 150.000
27.11.89	200.000	200.000	200.000
4.12.89	150.000	150.000	150.000
11.12.89	100.000	150.000	125.000
18.12.89	150.000	150.000	150.000

Quellen: Fischer Weltalmanach 1990; Schneider 1990; Tetzner 1990; Wimmer et al. 1990; Zimmerling und Zimmerling 1990; Folgen 1 bis 3; Spiegel Spezial 1990; Zeit Magazin vom 29.12.89.

Alle Demonstrationen vor dem 9. Oktober wurden unverzüglich von Sicherheitskräften beendet oder behindert, z. B. durch Festnahmen von Demonstranten. Die Demonstration am 9. Oktober 1989 war die größte Demonstration in der DDR seit dem 17. Juni 1953 und die erste Demonstration, die nicht von der Staatsmacht aufgelöst wurde. Auch in anderen Städten der DDR fanden an diesem Tag Demonstrationen statt, allerdings mit erheblich weniger Teilnehmern. Die Demonstrationen in Leipzig und fast alle anderen Demonstrationen waren gewaltlos. Alle Demonstrationen waren illegal. Sie wären nur dann legal gewesen, wenn sie angemeldet und genehmigt worden wären. Beides war jedoch nicht der Fall.

Neben Demonstrationen bestand eine zweite Form des politischen Engagements gegen das SED-Regime in der Gründung oder in dem Aufruf zur Gründung von Oppositionsgruppen. So trafen sich am 13.8. im Gemeindesaal der Bekenntniskirche in Berlin-Treptow etwa 400 Angehörige verschiedener Oppositionsgruppen, am 26.8. wird zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei und am 9./10.9. zur Gründung des Neuen Forum aufgerufen.

2 Über die Anzahl der Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen zwischen dem 4.9. und dem 25.9. liegen keine Schätzungen vor.

Opposition gegen das SED-Regime erfolgte drittens dadurch, daß einzelne Gruppen – z.B. Künstler, kirchliche Gruppen oder Betriebsgruppen – Erklärungen, offene Briefe, oder Petitionen verfaßten und zu verbreiten versuchten, die Forderungen nach Reformen an das SED-Regime enthielten.

Eine vierte Form der Opposition bestand in „Abwanderung“ (Hirschman 1970).

Diese Alternative wurde seit Mai 1989 (Beginn des Abbaus des ungarischen Grenzzaunes zu Österreich am 2. Mai) von einer wachsenden Zahl von DDR-Bürgern als Reaktion auf die politische und wirtschaftliche Situation in der DDR genutzt.

Alle Formen des Protests – Demonstrationen, Gründung von Oppositionsgruppen, Ablassen von Erklärungen und Abwanderung – stiegen im Laufe des Jahres 1989 an.

II. Ein Erklärungsmodell politischen Protests

1. Theoretische Grundlagen

Will man Erklärungen vermeiden, in denen lediglich einzelne Faktoren wie die Unzufriedenheit der Bevölkerung oder die Ausreisewelle ohne nähere Begründung als Ursachen behauptet werden, empfiehlt sich folgendes Vorgehen. Es müßte ein Erklärungsansatz verwendet werden, der Informationen darüber enthält, welche Variablen generell für Protest von Bedeutung sein könnten.

Ein solcher allgemeiner Erklärungsansatz politischen Protests, der gegenwärtig weitgehend akzeptiert wird, ist die *Perspektive der Ressourcen-Mobilisierung*.³ Die grundlegende Idee dieser Perspektive ist, daß diejenigen Akteure im politischen Prozeß ihre Ziele realisieren, denen es gelingt, in relativ hohem Maße Ressourcen zu mobilisieren, die insbesondere aus der Unterstützung durch gesellschaftliche Gruppen bestehen. Gemeinsames Handeln einer relativ großen Anzahl von Personen „is rarely a viable option because of lack of resources and the threat of repression. ... When deprived groups do mobilize, it is due to the interjection of external resources“ (Jenkins und Petrov 1977, S. 250).

Ohne Zweifel waren für die Entstehung der Proteste in der DDR die evangelische Kirche und Oppositionsgruppen von Bedeutung. Das Ansteigen der Proteste kann jedoch nicht dadurch erklärt werden, daß es den Bürgern gelang, in steigendem Maße Ressourcen zu mobilisieren. Die Aktivitäten der Kirche und kirchlicher Gruppen haben sich im Laufe des Jahres 1989 nicht verändert. Oppositionsgruppen wie das Neue Forum wurden erst ab August 1989 gegründet und waren nicht in der Lage, die Bürger zur Teilnahme an Demonstrationen zu mobilisieren. Typisch für die Revolution in der DDR ist vielmehr, daß sich eine zunehmende Anzahl von Bürgern engagierte, ohne Kontakte zu einem Netzwerk Protest unterstützender Organisationen zu haben, und obwohl sie einem übermächtigen staatlichen Akteur gegenüberstanden, der in der Vergangenheit alle Bürgerproteste erfolgreich unterdrückt hatte, und bei dem alle nur denkbaren externen Ressourcen konzentriert waren.

3 Vgl. hierzu die klassischen Darstellungen dieses Ansatzes bei McCarthy und Zald 1973, 1977; Oberschall 1973; Tilly 1978. Eine gute Zusammenfassung gibt Jenkins 1983. Zur Kritik siehe insbesondere McAdam 1982.

Die umfassenden Bürgerproteste entstanden vielmehr *evolutionär*: sie waren das ungeplante und unvorhergesehene Ergebnis einer *spontanen Kooperation* einer wachsenden Anzahl einzelner Bürger, die sich in einer ähnlichen Situation befanden, wie noch im einzelnen gezeigt wird. Um Proteste dieser Art erklären zu können, müssen die Ideen der Ressourcenmobilisierungs-Perspektive erweitert werden: Es muß gezeigt werden, wie sich bei einem gegebenen minimalen Ausmaß von Ressourcen, über die Akteure verfügen, Proteste spontan entwickeln können, ohne daß sich die Ressourcen-Ausstattung der Akteure ändert.

Für die Erklärung derartiger evolutionärer Prozesse hat sich insbesondere der individualistische sozialtheoretische Ansatz als brauchbar erwiesen.⁴ Grundlage ist eine Theorie, die die individuellen Entscheidungen der Akteure unter Berücksichtigung ihrer gesellschaftlichen Situation erklärt. Eine solche Theorie ist die Wert-Erwartungstheorie, eine Version des Modells rationalen Handelns, die im folgenden angewendet wird. Gemäß dieser Theorie führen Personen eine Handlung aus, wenn sie deren Konsequenzen insgesamt relativ positiv bewerten (d.h. wenn die Handlung mit hohem Nutzen und geringen Kosten verbunden ist) und wenn sie mit dem Auftreten dieser Konsequenzen relativ sicher rechnen (d.h. wenn die Auftrittswahrscheinlichkeit der Handlungskonsequenzen relativ hoch ist).⁵

Wendet man diese Theorie zur Erklärung der Proteste in der DDR an, dann sind zwei Fragen zu beantworten: 1. Welches waren die Handlungskonsequenzen, die für die Proteste von Bedeutung waren? 2. Wie und aufgrund welcher Ursachen änderten sich welche Handlungskonsequenzen (d.h. ihre Bewertungen und/oder Auftrittswahrscheinlichkeiten)? Diese Fragen sind so zu beantworten, daß nicht nur die Änderungen im Ausmaß der Proteste erklärt werden können, sondern darüber hinaus zwei weitere Tabestände: Warum hatten die Proteste ihren Ursprung in Leipzig und nicht an anderen Orten? Warum verliefen die Proteste gewaltlos?

2. Bedingungen für die Bürgerproteste

Die empirische Forschung über Proteste und soziale Bewegungen hat gezeigt, daß generell Proteste durch eine bestimmte Gruppe von Handlungskonsequenzen, die im folgenden dargestellt werden, relativ gut erklärt werden können.

Für die politische Beteiligung eines Bürgers an Protesthandlungen ist erstens das Ausmaß seiner *Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen* – wir sprechen im folgenden der Einfachheit halber generell von „politischer Unzufriedenheit“ – von Bedeutung. Allerdings ist die Wirkung der politischen Unzufriedenheit auf Protest davon abhängig, 1. inwieweit ein individueller Akteur glaubt, mittels Protest zur Herstellung von Kollektivgütern beitragen zu können, 2. inwieweit er glaubt, daß die Gruppe von Personen, die an den Protesten teilnimmt, Erfolg haben

4 Die Erklärung evolutionär entstandener oder „spontaner“ Kooperation wird als „invisible hand explanation“ bezeichnet (Ullmann-Margalit 1978; Vanberg 1984).

5 Siehe etwa Aizen und Fishbein 1980; Aizen 1988; Feather 1982. Zur Erklärung von Protestverhalten wurde dieses Modell ebenfalls bereits angewendet, vgl. Kländermans 1984; Müller 1979; Opp 1986, 1989; Opp und Roehl 1990a; Finkel, Müller und Opp 1989.

wird, und 3. inwieweit er glaubt, daß Erfolg nur zustandekommt, wenn sich jedes Mitglied einer Gruppe beteiligt. Politische Unzufriedenheit wirkt multiplikativ mit diesen Faktoren, die zusammenfassend als *wahrgenommener politischer Einfluß*, durch Proteste bestimmte politische Ziele erreichen zu können, bezeichnet werden. Unzufriedenheit wirkt um so stärker, je größer der wahrgenommene politische Einfluß ist.⁶

Ein weiterer Faktor, der politische Beteiligung beeinflußt, sind erwartete *staatliche Sanktionen*. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, daß staatliche Sanktionen politischen Protests erstens einen Abschreckungseffekt haben. Je sicherer sie erwartet und je negativer sie von einem Individuum bewertet werden, desto kostspieliger sind sie, und je größer die Kosten einer Handlung sind, desto seltener wird sie ausgeführt. Darüber hinaus führen staatliche Sanktionen jedoch auch zu Solidarisierungseffekten: Sie erhöhen die positiven Anreize für Protest. Dies ist z.B. dann der Fall, wenn Personen, die sich engagieren und staatlichen Sanktionen ausgesetzt waren, in hohem Maße positive soziale Sanktionen erfahren. Je stärker die staatlichen Sanktionen sind, desto stärker überwiegt ein Abschreckungseffekt (vgl. im einzelnen Opp und Roehl 1990a, 1990b, mit weiteren Literaturhinweisen).

Internalisierte Normen sind nicht nur für soziales Handeln generell, sondern auch für politisches Engagement und insbesondere für die Teilnahme an Protesten von Bedeutung.⁷ Die Art solcher *Protestnormen* beeinflusst die Art politischen Engagements. Wenn z.B. die Bürger eines Landes im allgemeinen nur gewaltfreie Formen des politischen Engagements für moralisch gerechtfertigt oder sogar geboten halten, dann ist in höherem Maße mit gewaltfreien Aktionen zu rechnen als wenn Gewalt prinzipiell als eine berechtigte Form politischen Engagements gilt. Normen sind situationspezifisch. Ein Bürger wird z.B. dann gewaltfreie Aktionen nicht für geboten halten, wenn diese mit einem hohen Risiko verbunden sind oder aussichtslos erscheinen.

Empirische Untersuchungen haben gezeigt, daß die Beteiligung an Protesten in hohem Maße von *Anreizen der sozialen Umwelt* abhängt, z.B. von Erwartungen, die Bezugspersonen äußern, oder von erwarteten positiven Sanktionen von Freunden und Bekannten.⁸ Quellen solcher Anreize sind insbes. politische Gruppen. Von der sozialen Umwelt gehen nicht nur positive, sondern auch negative Anreize für Protest aus.

Die Äußerung positiver oder negativer Anreize der sozialen Umwelt bei politischem Engagement ist situationspezifisch. So dürften häufig gewaltsame Formen von Protest negativ sanktioniert werden. Es ist weiter anzunehmen, daß dann, wenn die Kosten für Protest in Form staatlicher Repression sehr hoch sind, politisches Engagement negativ sanktioniert wird. Der „Preis“ wird als zu hoch angesehen. Erst wenn die staatliche Repression nicht allzu stark ist, werden negative informelle Sanktionen für Protest zurückgehen und positive Sanktionen ansteigen.

Will man die Entwicklung von Protest in einer Gruppe erklären, dann ist die *Verteilung* der genannten Anreize in der betreffenden Gruppe von Bedeutung. In der Literatur wurde z.B. die Rolle sog. *politischer Unternehmer* betont (vgl. Frohlich, Op-

penheimer und Young 1971; Frohlich und Oppenheimer 1978, Kap. 4; Popkin 1988; White 1988). In diesem Zusammenhang bezeichnen wir als politische Unternehmer Personen, für die die Anreize für Engagement besonders groß sind. Politische Unternehmer sind für die Entstehung und Entwicklung von Protest oft deshalb von Bedeutung, weil sie einen Teil der Kosten von Protest (z.B. für die Organisation von Demonstrationen) übernehmen und für andere Bürger positive Anreize bereitstellen (z.B. durch Appellieren an Protestnormen). Konkret gehören vor allem Mitglieder von Oppositionsgruppen zu den politischen Unternehmern. Wir deuten bereits an, daß bei der Entstehung der Proteste in der DDR politische Unternehmer kaum eine Rolle gespielt haben.

In der Forschung über politischen Protest wird normalerweise nicht davon ausgegangen, daß die Bürger das Verlassen eines Landes als eine Reaktion auf die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und politischen Situation in Betracht ziehen. Für Bürger der DDR ist dagegen aufgrund der Rechtslage, nach der sie auch Bürger der Bundesrepublik sind, und aufgrund der gemeinsamen Sprache ein Überwechseln in die Bundesrepublik im Prinzip unproblematisch. Darüber hinaus ist die Übersiedlung aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik im Prinzip attraktiv. Die Alternative „Abwanderung“ war zwar im Jahre 1989 durch Ausreisearträge oder auch ab Mai 1989 (Beginn des Abbaus des ungarischen Grenzzaunes zu Österreich am 2. Mai) direkt über andere Ostblockländer in die man legal reisen konnte, möglich, jedoch mit hohen Kosten verbunden: Bei Ausreisearträgen war mit langen Wartezeiten zu rechnen, wenn überhaupt die Erteilung einer Ausreisegenehmigung erwartet wurde; der Zeitpunkt der Genehmigung war ungewiß und es mußte mit verschiedenen repressiven Maßnahmen staatlicher Instanzen während der Bearbeitungszeit gerechnet werden. Aufgrund der Grenzsicherungen war nur in sehr eingeschränktem Maße und mit Lebensgefahr ein direktes Verlassen des Landes ohne Billigung der Behörden möglich. In jedem Falle mußten beim Verlassen des Landes soziale Beziehungen abgebrochen und alle Vermögenswerte zurückgelassen werden. Die Kosten der Abwanderung waren also relativ hoch. Für die meisten Bürger kam deshalb das Verlassen des Landes nicht in Betracht. Entsprechend halten wir es für gerechtfertigt, wenn im folgenden nicht versucht wird zu erklären, warum Bürger „Abwanderung“ anstelle von „Widerspruch“ gewählt haben.

Damit sind die Faktoren beschrieben, die aufgrund der Ergebnisse bisheriger Forschung die wichtigsten Determinanten für die Entstehung politischen Protests sind. Ich gehe davon aus, daß diese Faktoren auch für die Entstehung der Proteste in der DDR von Bedeutung waren. Entsprechend ist als nächstes zu fragen, wie sich diese Faktoren im Laufe des Jahres 1989 verändert haben.

III. Die Veränderung protestfördernder Faktoren im Jahre 1989

6 Zu einer ausführlicheren Darstellung und einer empirischen Überprüfung dieser Hypothesen vgl. im einzelnen Finkel, Müller und Opp 1989.
7 Vgl. etwa Marwell und Ames 1979; Müller 1979; Opp 1986, 1989; Riker und Ordeshook 1968, 1973.
8 Vgl. z.B. Klandermans 1984; Knoke 1988; Opp 1986, 1989; Mitchell 1979; Müller und Opp 1986; Tillock und Morrison 1979; Useem 1980; Walsh und Warland 1983.

Im folgenden wird zuerst die Situation zu Beginn des Jahres 1989 beschrieben. Sodann wird gezeigt, wie sich die in dieser Situation wirksamen Anreize für Protest nach dem 7. Mai 1989 verändert haben. Die Art der Veränderungen wird in *Tabelle 2* zusammengefaßt. Die kausalen Prozesse, die im folgenden beschrieben werden, faßt *Abbildung 1* zusammen.

1. Die Situation zu Beginn des Jahres 1989

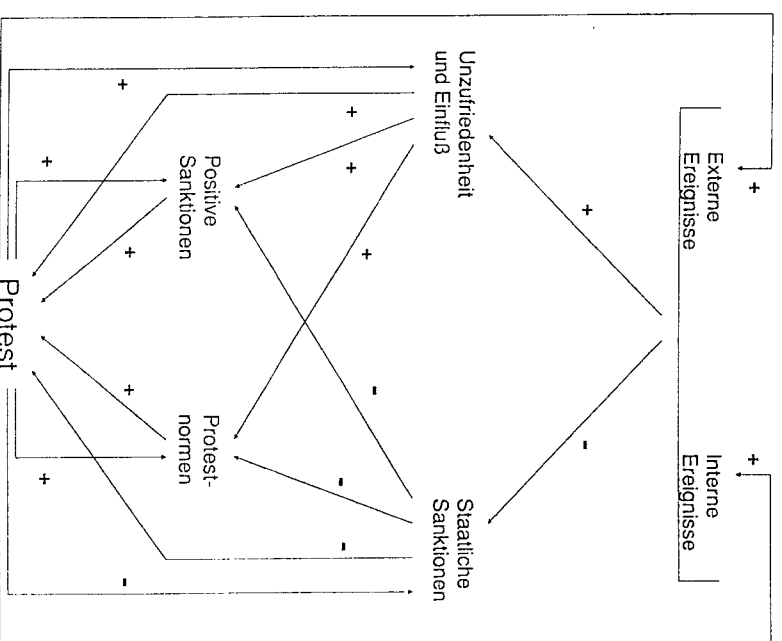
Die Zufriedenheit der Bürger eines Landes hängt von dem Ausmaß ab, in dem ihre Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs, nach dem Zustand ihrer physischen Umwelt und nach freien Entscheidungsmöglichkeiten befriedigt wird. In der DDR wurden diese Güter in geringem Maße angeboten. Eine repräsentative Umfrage im Januar 1990, in der die Zufriedenheit der DDR-Bürger mit den verschiedensten Tatbeständen ermittelt wurde, zeigte generell ein hohes Ausmaß an Unzufriedenheit in allen genannten Bereichen (Winkler, Hrsg. 1990). Die umfassende Unzufriedenheit der DDR-Bürger zeigt sich auch bei den Lösungen, die auf Transparenten bei den Demonstrationen zu lesen waren (Schneider, Hrsg. 1990). Hier wurden insbesondere das Ausmaß der Überwachung durch die Stasi, die nicht vorhandenen politischen Wahlmöglichkeiten und die Beschränkungen der Reisefreiheit thematisiert.

Das Ausmaß der Unzufriedenheit hängt u. a. davon ab, mit welchen Gruppen man sich vergleicht. Die Bürger der DDR verglichen ihre Situation vor allem mit den Bürgern der Bundesrepublik. Dies ist aus folgenden Gründen zu erwarten: 1. es besteht eine gemeinsame Sprache und 2. eine gemeinsame Geschichte und Kultur bis 1945; 3. in der Bundesrepublik existieren die von den DDR-Bürgern nachgefragten Güter in hohem Maße; 4. die DDR-Bürger sind über die Situation in der Bundesrepublik durch die Möglichkeit der meisten DDR-Bürger, Westfernsehen zu empfangen, relativ gut informiert. Die relative Unzufriedenheit im Vergleich zu der wirtschaftlichen und politischen Situation der Bundesrepublik dürfte relativ groß gewesen sein.

Tabelle 2: Veränderungen der Ursachen für die Proteste in der DDR

Faktoren	Zeitraum		
	Bis Mai 1989	Ab Mai 1989 bis 9. Okt.	Ab 10. Okt. bis Ende 1989
Unzufriedenheit	hoch	hoch	steigt (zu geringe Dynamik des Wandels)
Wahrgenommener Einfluß	gering	steigt	steigt zunehmend
Staatliche Sanktionen	hoch	sinken oder bleiben (chinesische Lösung)	liegen nicht mehr vor
Protestnormen	gering	steigen	steigen zunehmend
Positive soziale Anreize	gering	steigen	steigen
Negative soziale Anreize	hoch	sinken	sinken
Politische Unternehmer	wenige	steigen (Bildung neuer Gruppen)	steigen
Handlungsalternativen	Eingeschränkte Mobilität	geringere Einschränkungen	Ab 9. Nov. offene Grenzen
Makroereignisse:	Beginn der Liberalisierung Osteuropas (Polen, Ungarn, UdSSR)	Zunehmende Liberalisierung (Tschetschowalet, Bulgarien, Rumänien, erweiterter Reiseverkehr), Beendigung der Demokratiebewegung in China	

Abbildung 1: Der Prozeß der Revolution in der DDR 1989



Anmerkung: Pfeile symbolisieren kausale Beziehungen; '+' bedeutet einen positiven, '-' einen negativen kausalen Effekt.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation wird ein Bürger der DDR auch die gegenwärtige mit der vergangenen und mit der in Zukunft erwarteten Situation im eigenen Land vergleichen. Selbst ein niedriges Versorgungsniveau wird als wenig deprimierend angesehen, wenn z. B. eine zukünftige Verbesserung erwartet wird. In der DDR hat sich jedoch – wie in allen Ostblockländern – die wirtschaftliche Versorgung im Zeitablauf verschlechtert und es war auch nicht abzusehen, daß sich die Situation verbessern wird.

Vermutlich haben viele DDR Bürger ihre Situation auch mit der Situation anderer Länder des „realen Sozialismus“ verglichen, insbesondere mit der Sowjetunion. Hinsichtlich der politischen Verhältnisse dürfte in der DDR im Vergleich zu anderen Ostblockländern ebenfalls in hohem Maße relative Unzufriedenheit bestanden haben, da dort Demokratisierungsprozesse stattfanden. Insgesamt dürfte also die Unzufriedenheit der DDR-Bürger sowohl mit den politischen als auch mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zu Beginn des Jahres 1989 relativ groß gewesen sein.

Zu diesem Zeitpunkt war der wahrgenommene *Einfluß*, durch politisches Engagement eine Änderung der Situation erreichen zu können, gering: Aufgrund der Macht einer einzigen Partei, die politische Reformen strikt ablehnte und die politische Opposition unterdrückte, dürfte eine Änderung der Situation durch Engagement generell relativ unwahrscheinlich erschienen sein. Dies gilt auch im Hinblick auf den Einfluß, den, aus der Sicht der Bürger, Oppositionsgruppen oder die Kirche auf Reformen haben konnten (Heinze und Pollack 1990, Pollack 1990).

Die *erwarteten staatlichen Sanktionen* waren zu Beginn des Jahres 1989 relativ hoch. Politisches Engagement, das sich gegen die herrschende Politik richtete, war mit scharfen Sanktionen belegt: Opposition gegen das Regime war mit Verhaftungen, Gefängnis, beruflicher Degradierung bzw. Nicht-Beförderung und Nicht-Vergabe von Ausbildungsplätzen verbunden. Von den Sanktionen waren auch unmittelbare Familienangehörige (Kinder, Ehepartner) und zum Teil Freunde betroffen.

Nicht nur die Schwere der Sanktionen war hoch, sondern auch die Sicherheit, mit der Sanktionen erwartet wurden. Es gab ein ausgebautes Spitzelsystem. So wurden in Hochhäusern Besucher notiert. Darüber hinaus sorgte ein umfassender Sanktionsapparat (Staatsicherheitsdienst, Volkspolizei) dafür, daß Demonstrationen und andere öffentliche Protesthandlungen unterblieben bzw., wenn sie stattfanden, unverzüglich aufgelöst wurden.

Vor der Liberalisierung in der UdSSR konnte bei größeren politischen Aktionen mit Interventionen von Truppen des Warschauer Pakts gerechnet werden (Beispiel: 17. Juni 1953). Obwohl vermutlich die DDR-Bevölkerung im Jahre 1989 nicht mehr Interventionen auswärtiger Truppen bei Protesten erwartet hatte, wurde von vielen Bürgern eine „chinesische Lösung“ befürchtet: Das SED-Regime bewertete die Niederschlagung der Proteste in China positiv. Entsprechend konnte damit gerechnet werden, daß auch in der DDR allgemeine Unruhen niedergeschlagen wurden, wie dies auch in der Vergangenheit der Fall war. In einer Situation, in der in hohem Maße staatliche Repression bei politischem Protest zu erwarten war, dürften keine *Protestnormen* wirksam gewesen sein: Protestnormen gelten nicht für Situationen, in denen mit hohen Sanktionen zu rechnen ist und in denen Engagement aussichtslos erscheint.

Bei den hohen erwarteten Kosten und der geringen Erfolgsaussicht politischen Engagements waren *positive soziale Anreize* für Protest vermutlich gering. In einer solchen Situation dürften Angehörige von Oppositionsgruppen, Freunde und Bekannte kaum politischen Engagement gefordert oder bestärkt haben. Eher dürften die *negativen sozialen Anreize* für Protest überwogen haben: Man wird z.B. den Freund oder Ehemann von Protesten abzubringen versuchen, wenn dadurch die berufliche Karriere oder der Studienplatz aufs Spiel gesetzt wird und wenn der Protest aussichtslos erscheint. *Politische Unternehmer* in Form von Mitgliedern einer Reihe von Oppositionsgruppen existierten zwar, sie waren jedoch, wie bereits gesagt, aufgrund der hohen Kosten der Teilnahme an Protesten nicht in der Lage, auch nur einen Teil der Bevölkerung zu mobilisieren (Heinze und Pollack 1990).

2. Die Veränderung der Situation nach dem 7. Mai 1989

Die beschriebene Situation änderte sich ab Mai 1989 durch zwei Arten von Ereignissen: 1. Externe Ereignisse, d.h. bestimmte Entscheidungen von Drittländern, und 2. interne Ereignisse, d.h. bestimmte Entscheidungen der politischen Instanzen der DDR. Gemäß dem hier angewendeten Erklärungsmodell sind solche *Makroereignisse nur dann von Bedeutung, wenn sie die individuellen Determinanten politischen Handelns beeinflussen*, da Proteste Aktionen individueller Akteure sind. Somit ist zu fragen: 1. Welche Makroereignisse traten ab Mai 1989 auf? 2. In welcher Weise veränderten diese Ereignisse die Nutzen und Kosten politischen Protests auf der individuellen Ebene?

Folgende *externe Ereignisse* führten zu einer Veränderung protestfördernder Anreize ab Mai 1989: 1. Die Liberalisierung in anderen Ostblockländern schreitet fort. So beginnen am 2. Mai ungarische Grenzsoldaten mit der Niederreißung der Grenzbefestigungen an der Grenze zu Österreich. 2. Am 4. Mai erfolgt eine erste große Demonstration auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, am 3. und 4. Juni wird die Demokratiebewegung in China durch staatliche Repression beendet. 3. Ab 15. Juli haben Bürger der DDR in verschiedenen Botschaften der Bundesrepublik (Budapest, Prag, Ost-Berlin) Zuflucht gesucht, um das Land zu verlassen. Es beginnt die Fluchtwelle aus der DDR, als Ungarn und die Tschechoslowakei Ausreisewillige aus der DDR in die Bundesrepublik weiterreisen lassen.

Welche Wirkungen hatten die beschriebenen Ereignisse auf die früher behandelten Determinanten politischen Protests? Beginnen wir mit der Ausreisewelle. Die objektiven vorliegenden Möglichkeiten zum Verlassen der DDR wurden von den Bürgern wahrgenommen und von einer steigenden Anzahl von DDR-Bürgern genutzt. Dies dürfte dazu geführt haben, daß die Bürger, die in der DDR blieben, das DDR-Regime in Schwierigkeiten sahen: Die große Zahl der Auswanderer führte faktisch zu verstärkten Problemen in einer Vielzahl gesellschaftlicher Bereiche, z.B. in der Wirtschaft und hier insbesondere im Dienstleistungsbereich und in der medizinischen Versorgung. Die Bürger haben vermutlich erwartet, daß aus der Sicht des Regimes eine Liberalisierung nötig wurde, um den Exodus zu beenden oder zu vermindern. Dies führte bei den Bürgern im Laufe des Jahres 1989 zu weiterer Unzufriedenheit und zu einer Erhöhung des wahrgenommenen Einflusses, durch persönliches Engagement politische Veränderungen herbeiführen zu können. Durch die Schwierigkeiten des DDR-Regimes aufgrund der Auswanderer wurden von den Bürgern vermutlich auch geringere staatliche Sanktionen erwartet: Ein Regime, das sich in Schwierigkeiten befindet, wird die Repression vermindern.

Die zunehmende Liberalisierung in Polen und Ungarn dürfte die gleichen Effekte gehabt haben: Sie hat die relative Unzufriedenheit der DDR-Bürger mit dem SED-Regime erhöht und die DDR-Bürger in dem Glauben bestärkt, daß sich das Regime langfristig einem Reformkurs nicht mehr verschließen könne und daß damit auch die Chance, durch eigenes Engagement etwas ändern zu können, steigt und daß die Repression abnimmt.

Andererseits hatten viele DDR-Bürger ohne Zweifel Angst vor einer „chinesischen Lösung“, da diese von dem SED-Regime ausdrücklich gebilligt wurde. Vermutlich wurde eine solche Lösung jedoch mit der Zunahme der Protestbewegung im Jahre 1989 als immer unwahrscheinlicher angesehen. Dafür spricht auch, daß eine immer größere Anzahl von Personen durch Resolutionen Reformen forderten, ohne dafür sanktioniert zu werden.

Zu den *internen Ereignissen*, die protestfördernde Anreize im Laufe des Jahres 1989 erhöhten, gehörten vor allem die offensichtlichen Fälschungen der Ergebnisse der Kommunalwahlen, die am 7. Mai stattgefunden hatten. Dieses Ereignis erhöhte die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regime. Dies galt auch für die Feierlichkeiten zum 40jährigen Bestehen der DDR am 7. Oktober, bei denen die „Errungenschaften“ des Sozialismus in der DDR gepriesen wurden, obwohl die Diskrepanzen zwischen den Behauptungen des Regimes über die Leistungen des Sozialismus in der DDR und der Realität immer offenkundiger wurden.

Diese Situation – steigende Unzufriedenheit, steigender politischer Einfluß und sinkende erwartete Repression – hatte folgende Konsequenzen: 1. Protestnormen waren in stärkerem

Maße anwendbar. Man wird sich in immer stärkerem Maße zu politischen Engagement verpflichtet fühlen, wenn die Unzufriedenheit und der zu erwartende Erfolg steigen und wenn das erwartete Risiko politischen Engagements sinkt. 2. Dieselben Bedingungen dürften dazu geführt haben, daß positive soziale Anreize für die Teilnahme an Protesten stiegen und negative soziale Anreize sanken.

Entsprechend konnte man im Laufe des Jahres die beschriebene Zunahme der Demonstrationen und anderer Protesthandlungen erwarten. Diese Proteste dürften wiederum die genannten Anreize verändert haben: Die Bürger haben in immer höherem Maße damit gerechnet, daß das zunehmende Engagement dem Regime Reformen abtöten müßte: Wenn das Ausmaß von Protest immer weiter ansteigt, dann kann sich ein Regime, das seiner Ideologie entsprechend die Interessen der Bevölkerung vertritt, langfristig den Wünschen „seiner“ Bürger nicht widersetzen. Dies wird ein Bürger selbst dann annehmen, wenn sich die SED-Führung in einer Vielzahl von Verlautbarungen jeglichen Reformen verschließt. Die Proteste erhöhten also den wahrgenommenen persönlichen politischen Einfluß und verminderten die Furcht vor Sanktionen. Gleichzeitig haben die Bürger der DDR vermutlich auch durch die steigende Anzahl politischer Gruppen, die sich während des Jahres 1989 etablierten, zunehmend geglaubt, daß gemeinsamer Protest Erfolg haben könnte.

Die Zunahme der Proteste dürfte auch bei einer steigenden Anzahl von Bürgern dazu geführt haben, daß zunehmend eine Verpflichtung zum Engagement wahrgenommen wurde: Je mehr Bürger sich für politische Änderungen einsetzen, bei deren Realisierung man auch selbst profitiert, desto weniger kann man es akzeptieren, nichts zu tun.

Die Proteste in der DDR stiegen nach dem 9. Oktober noch einmal an. Dies ist insbesondere damit zu erklären, daß am 9. Oktober zum ersten Mal staatliche Repression ausblieb. Die Kosten der Teilnahme sanken also beträchtlich. Darüber hinaus dürften die Erwartungen von politischen Veränderungen nach dem 9. Oktober relativ hoch gewesen sein. Diese Veränderungen gingen jedoch relativ langsam vor sich, so daß die politische Unzufriedenheit wegen der geringen Dynamik des Wandels weiter stieg.

Diese Überlegungen zeigen, daß der Veränderungsprozeß der Anreize sukzessiv von-statten gegangen ist. Bestimmte externe und interne Veränderungen zu einem bestimmten Zeitpunkt erhöhten protestfördernde Anreize; diese führten vermehrt zu Protest. Dies hatte wiederum die Konsequenz, daß die protestfördernden Anreize bei den Bürgern weiter stiegen. Die dadurch zunehmenden Proteste provozierten interne Ereignisse wie z.B. die Änderung des Sanktionsverhaltens der Regierung. Neue externe Ereignisse traten auf, die sicherlich auch durch die Proteste in der DDR beeinflusst wurden. Es erfolgte eine erneute Veränderung der protestfördernden Anreize usw. Wie dieser Prozeß *genau* ablief, wird nicht zu klären sein, da hierfür ausreichende Informationen über die Veränderungen der von den Akteuren wahrgenommenen Handlungskonsequenzen für eine Vielzahl von Zeitpunkten im Laufe des Jahres 1989 erforderlich sind. Diese Informationen sind nicht mehr zu beschaffen. Man kann also nur feststellen, daß ein Prozeß der beschriebenen Art stattgefunden hat, wie er in *Abbildung 1* dargestellt wurde.

IV. Der Prozeß der Revolution

Wenn sich auch die protestfördernden Anreize im Laufe des Jahres 1989 in der beschriebenen Weise verändert haben, so wird damit noch nicht erklärt, wie das Verhalten einer Vielzahl von Personen in der Weise koordiniert wurde, daß Demonstrationen an bestimmten Orten und Zeiten, z.B. montagabends auf dem Karl-Marx-Platz in

Leipzig, stattfanden. Bisher folgt aus unseren Überlegungen nur, daß generell im Jahre 1989 in der DDR das Ausmaß von Protest stieg. Im folgenden sollen vier mögliche Prozesse diskutiert werden, die dazu geführt haben könnten, daß die Individuen, deren Bereitschaft zu Protesten relativ hoch war, gemeinsam demonstrierten.

Es wäre erstens möglich, daß die Demonstrationen von einer Person oder Gruppe organisiert wurden. Viele Demonstrationen in westlichen Ländern kommen in dieser Weise zustande. Ein solches *Organisations-Modell* trifft für die Demonstrationen in der DDR nicht zu. Allein schon die Bekanntmachung der Zeit und des Ortes für eine Demonstration wäre von staatlichen Institutionen verhindert worden.

Die Demonstrationen könnten zweitens so zustandegekommen sein, daß zunächst eine Gruppe bzw. ein Komitee einen Ort und Zeitpunkt festlegte, an dem eine Demonstration stattfinden sollte. Diese Gruppe gab die Information an andere Personen oder Gruppen weiter mit der Aufforderung, andere Personen über Zeit und Ort der geplanten Demonstration zu informieren, an der Demonstration teilzunehmen, und andere zu bitten, ebenfalls die genannte Information und Aufforderung weiterzugeben. Ein solches *Mikromobilisierungs-Modell* hat mit dem Organisations-Modell gemeinsam, daß die Demonstration geplant ist. Die Weitergabe der Information an potentielle Teilnehmer erfolgt jedoch bei dem Mikromobilisierungs-Modell dezentral, so daß die Kosten der Informations-Übermittlung gering sind. Da keine Organisation von Demonstrationen erfolgt, entfallen die damit zusammenhängenden Kosten. Auch ein solches Mikromobilisierungs-Modell entspricht nicht den Tatsachen. Es gab, wie gesagt, keine Gruppe oder Instanz, die die Demonstrationen in der DDR geplant hat.

Beide Modelle setzen voraus, daß einzelne Personen oder Gruppen die Demonstrationen geplant haben. Dies wird in den beiden folgenden Modellen nicht vorausgesetzt. Das *Schwellen-Modell* geht davon aus, daß dann, wenn einzelne Personen bestimmte Handlungen wie z.B. die Teilnahme an einer Demonstration ausführen, die Ausföhrung der betreffenden Handlungen für andere weniger kostspielig wird.⁹ Der Prozeß der Teilnahme an den Demonstrationen hätte dann so verlaufen können: Zunächst nehmen Personen teil, für die der (Netto-)Nutzen der Teilnahme an Demonstrationen sehr hoch ist. Dadurch sinken die Kosten der Teilnahme für eine bestimmte Anzahl anderer Personen so stark, daß für diese die Schwelle für die Teilnahme erreicht wird. Diese Personen werden bei der nächsten Demonstration ebenfalls teilnehmen. Die größere Anzahl von Teilnehmern führt dazu, daß wiederum für eine andere Gruppe von Personen die Teilnahme-Schwelle erreicht wird usw.

Ein solcher Prozeß kann die Zunahme der Proteste bis zum 6. November erklären, wenn man die mittleren Schätzungen zugrundelegt (vgl. *Tabelle 1*). Der Rückgang der Teilnehmer nach dem 6. November kann jedoch nicht erklärt werden. Lassen wir einmal dahingestellt, ob die Annahmen, auf denen das Schwellen-Modell beruht, zutreffen. Der entscheidende Mangel des Schwellen-Modells besteht darin, daß nicht erklärt werden kann, wie die Proteste koordiniert wurden. Es wird vielmehr *vorausgesetzt*, daß die Proteste zumindest beim erstenmal irgendwie koordiniert werden. Es

9 Vgl. hierzu insbesondere die von Mark Granovetter entwickelten Überlegungen, z.B. Granovetter (1978, 1986). Prosch und Abraham (1991) beschreiben die Annahmen des Schwellen-Modells ausführlich und wenden es zur Erklärung der Proteste in der DDR an.

kann dann angenommen werden, daß die Teilnehmer jeweils der folgenden Protestaktionen sich genau wie die Teilnehmer der vorangegangenen Protestaktion verhalten.

Das Schwellen-Modell ist also ungeeignet, die Koordination individuellen Handelns zu erklären. Die zentrale These dieses Modells trifft jedoch für die Proteste in der DDR zu, wie wir bereits sahen und wie noch im einzelnen gezeigt wird: die (erwarteten) Kosten der Teilnahme für den Einzelnen sind um so geringer, je größer die (erwartete) Anzahl der Teilnehmer ist. Die Veränderung der Proteste in der DDR im Jahre 1989 kann jedoch keineswegs allein durch diese Kosten erklärt werden, wie unsere vorangegangenen Ausführungen bereits deutlich gemacht haben.

Für die Erklärung der Koordination der individuellen Entscheidungen erscheint ein Modell am plausibelsten, das als *spontanes Kooperations-Modell* (oder, gleichbedeutend, als *spontanes „Koordinations-Modell“*) bezeichnet werden soll. Gleichförmiges Verhalten einer großen Anzahl von Personen kommt oft dadurch zustande, daß diese Personen weitgehend isoliert voneinander gleiche Entscheidungen treffen, weil sie sich in einer gleichartigen Situation befinden. Als sich z.B. am Abend des 9. November aufgrund der in den Medien verbreiteten Erklärung von Günter Schabowski über die sofortige Ausreisemöglichkeit von DDR-Bürgern in den Westen Tausende von DDR-Bürgern an der Bornholmer Straße in Ost-Berlin versammelten, geschah dies deshalb, weil viele Bürger gleichartige Präferenzen hatten (Reisefreiheit bzw. Besuch von West-Berlin) und weil sie gleichartige Informationen hatten, nämlich über die Erklärung Schabowskis und über die Existenz eines Übergangs zu West-Berlin an der Bornholmer-Straße. Sicherlich haben sich viele Personen auf ihrem Weg zur Bornholmer Straße an dem Verhalten anderer orientiert – sie werden vermutlich bemerkt haben, daß andere Personen ebenfalls zur Bornholmer Straße gingen. Die Tatsache jedoch, daß eine große Anzahl von Personen zur gleichen Zeit zur Bornholmer Straße gingen oder fuhrten, zeigt, daß es sich um Entscheidungen handelte, bei denen sich die Bürger meist nicht an dem Verhalten anderer orientierten. Dies schließt nicht aus, daß mehrere Personen – z.B. ein Ehepaar – eine gemeinsame Entscheidung darüber herbeiführten, ob sie zur Bornholmer Straße gehen sollten oder nicht.

Die Demonstrationen in der DDR im Herbst 1989 waren eine spontane Kooperation einer Vielzahl von Bürgern. In allen Berichten über diese Demonstrationen wird immer wieder betont, daß sie von niemandem organisiert waren. Wie kam diese spontane Kooperation zustande?

Gehen wir davon aus, daß Bürger der DDR, z.B. aus Leipzig, in hohem Maße bereit sind, ihrer Unzufriedenheit durch bestimmte Formen des Protests (z.B. durch gewaltlose Demonstrationen) Ausdruck zu geben. Dabei wollen sie die Kosten des Protests in Form staatlicher Sanktionen möglichst gering halten.

Weiter nehmen die Bürger an, daß zwar eine bloße Ansammlung von Menschen von den Sicherheitskräften bereits als Protest gewertet und sanktioniert werden könnte. Die Bürger gehen jedoch davon aus, daß man bei einer Ansammlung von Menschen Protest in einer Weise äußern kann, bei der das Risiko staatlicher Sanktionen gering ist, z.B. durch Sprechchöre.

In dieser Situation kann ein gemeinsamer Protest nur dann zustandekommen, wenn mehrere Bürger gleichzeitig entscheiden, zur gleichen Zeit an denselben Ort zu gehen. Dies wird dann der Fall sein, wenn jeder vermutet, daß viele andere Bürger zu einer bestimmten Zeit an einen bestimmten Ort kommen. Wenn solche Erwartungen

bestehen, findet eine stillschweigende Koordination des Verhaltens (Schelling 1960, S. 54-58) statt. Dabei ist weder eine Verabredung noch eine Organisation oder Mobilisierung erforderlich. Es findet also eine spontane Kooperation der Bürger in Form eines gemeinsamen Protestes statt.

Bei einer solchen Entscheidung, zu einem bestimmten Zeitpunkt einen bestimmten Ort aufzusuchen, wird die Anzahl der Personen, die man an dem betreffenden Ort erwartet, folgende Rolle spielen. Wenn man nur sehr wenige Personen erwartet, ist das Risiko, staatliche Sanktionen zu erfahren, sehr gering; denn dann wird der Aufenthalt auf dem betreffenden Platz nicht als Protest gewertet werden. Man kann sich ja aus sehr unterschiedlichen Gründen an dem betreffenden Platz aufhalten. Je größer die Anzahl der Personen ist, desto eher wird zwar die Ansammlung als Protest gewertet, desto geringer werden jedoch die Bürger auch das persönliche Risiko einschätzen. In jedem Falle wird ein Bürger bei einer Verhaftung immer sagen können, er habe nur einen Spaziergang in die Stadt machen wollen. Wenn sich ein Bürger also entscheidet, zu dem betreffenden Ort zu einem bestimmten Zeitpunkt zu gehen, dann wird er vermuten, daß das Risiko, schwerwiegenden staatlichen Sanktionen ausgesetzt zu sein, gering sein wird.

Wie kamen nun die Erwartungen der Bürger zustande, an einem bestimmten Ort und zu einem bestimmten Zeitpunkt viele andere Bürger zu treffen? Wenn man in Städten mit einem klar definierten Stadtzentrum viele Personen treffen will, dann wird man auf die vorhandenen großen Plätze in diesen Städten gehen. Für Bürger der Stadt Leipzig ist ein solcher Treffpunkt der Karl-Marx-Platz und die umliegenden Straßen (einschließlich des Rings, der den Karl-Marx-Platz berührt). Die Nikolaikirche liegt in der Nähe dieses Platzes. Leipziger Bürger wußten, daß in der Nikolaikirche seit 1982 an jedem Montag von 17 bis 18 Uhr Friedensgebete stattfanden. Diese Information hatte sich durch persönliche Kommunikation, aber auch aufgrund von Berichten in den westlichen und östlichen Medien verbreitet. Auch wenn die Berichte in den östlichen Medien wie der Leipziger Volkszeitung die Montagegebete negativ bewerteten, so konnte man daraus doch die Information entnehmen, daß diese Gebete stattfanden. Es war bekannt, daß die Besucher der Friedensgebete wenigstens zum Teil beim Verlassen der Nikolaikirche über den Karl-Marx-Platz gehen würden. Wenn also ein Bürger in Leipzig seiner Unzufriedenheit Ausdruck verleihen wollte, dann liegt es nahe, an Montagen am späten Nachmittag zum Karl-Marx-Platz zu gehen.

Der folgende Auszug aus einer Rundfunk-Reportage (Schneider 1990, S. 17) illustriert die beschriebenen Prozesse spontaner Kooperation am Beispiel der Montags-Demonstrationen des 25.9. und 2.10.: „Um 5 Uhr zum Gebet ist sie (die Nikolaikirche in Leipzig – KDO) überfüllt, wie schon seit Wochen. Wir warten draußen, mit Hunderten im Kirchhof und vielen in der Grimmaischen Straße. Es liegt was in der Luft, ein seltsames Gefühl unausgesprochener Gemeinsamkeit ... Glocken schlagen 6 Uhr abends. Die Kirche leert sich ... Gegen dreiviertel 7 beginnt sich der Kern der Menge zu bewegen, läuft los, raus in die Fußgängerzone Grimmaische Straße. Keiner zu erkennen, der anführt, rüber zum Karl-Marx-Platz, zwischen Gewandhaus und Oper. Und plötzlich: Dort sind es ein paar Tausend. Zuschauer reihen sich ein, die Straße wird überflutet. Autos müssen anhalten ... Am 2. Oktober war alles wie eine Woche zuvor. Nur waren es dreimal soviel Leute, diesmal auch ältere. Man wußte schon, wo's langgeht, man wußte schon, was zu rufen war: 'Wir bleiben hier!' und zum ersten Mal 'Wir sind das Volk!'“

Der „spontane“ Charakter der Demonstrationen in Leipzig wird von einem Teilnehmer (persönliches Gespräch) so ausgedrückt: Es gab keinen Kopf der Revolution. Der Kopf war die Nikolai-Kirche und der Körper das Stadtzentrum. Es gab nur eine Leitungsebene: montags um 17 Uhr die Nikolaikirche.¹⁰

Dies bedeutet nicht, daß die Friedensgebete geplant waren mit dem Ziel, eine Revolution oder umfangreiche Proteste herbeizuführen. Die Friedensgebete wurden 1982 vielmehr als ein Diskussionsforum ins Leben gerufen (vgl. im einzelnen Feydt et al. 1990). Die Bedeutung, die sie für die Revolution erhielten, war weder geplant noch erwartet. In anderen Städten der DDR gab es ebenfalls klar definierte Stadtzentren mit großen Plätzen, auf denen man erwarten konnte, andere zu treffen, z. B. in Ost-Berlin der Alexanderplatz.

Das spontane Kooperations-Modell impliziert nicht, daß jeder Bürger völlig allein entschied, zum Stadtzentrum zu gehen. Wie Berichte von Leipziger Bürgern zeigen (Neues Forum Leipzig 1990), fand zwar in gewissem Ausmaß eine Mikromobilisierung statt, indem man Freunde bat, mit in die Stadt zu gehen. Diese Mikro-Mobilisierung erreichte jedoch nicht den Umfang, der von dem beschriebenen Mikromobilisierungs-Modell postuliert wird.

Das spontane Kooperations-Modell kann nicht nur erklären, wie die Demonstrationen zustandekamen, es kann auch erklären, warum die Proteste im Zeitablauf zunächst zunahmen. Da, wie wir zeigten, im Zeitablauf die individuellen Anreize für Protest zunahmen, stieg auch die Bereitschaft zur Teilnahme an Protesten in der Bevölkerung. Entsprechend war zu erwarten, daß sich eine immer größere Anzahl von Bürgern entschloß, die genannten Plätze aufzusuchen.

Ein weiterer Faktor dürfte zu einer gewissen Eigendynamik der Proteste geführt haben: Die Demonstrationen wurden soziale Ereignisse und erhöhten damit die Anreize, an weiteren Demonstrationen teilzunehmen.

Wie ist es zu erklären, daß die Proteste ab November 1989 zurückgingen (vgl. *Tabelle 1*)? Es ist zu vermuten, daß nach der Öffnung der Grenzen am 9. November und aufgrund vorangegangener Ereignisse (z. B. der Rücktritt Honeckers) insbesondere die politische Deprivation in hohem Maße zurückging. Dadurch verminderten sich auch andere Anreize für Protest (vgl. *Abbildung 1*): Protestnormen waren in geringerem Maße anwendbar und positive soziale Anreize für Proteste verminderten sich.

V. Der Ort der Revolution

Wir haben bisher die Veränderung der Anreize für Protest in der DDR generell beschrieben. Es ist jedoch kaum realistisch anzunehmen, daß zu Beginn des Jahres 1989 diese Anreize an allen Orten und bei allen gesellschaftlichen Gruppen gleich waren und daß sie sich in gleicher Weise verändert haben. So dürfte die Unzufriedenheit mit dem Zustand der Umwelt in Bitterfeld größer als in Ost-Berlin gewesen sein. Um zu

erklären, warum die Proteste zuerst in Leipzig entstanden, ist zu prüfen, ob hier die genannten Bedingungen für Proteste in besonders hohem Maße vorlagen.

Zunächst waren die genannten strukturellen Möglichkeiten für spontane Kooperation in Form der regelmäßig stattfindenden Montagsgebete und der bekannten Treffpunkte in Leipzig besonders günstige Voraussetzungen für spontane Demonstrationen, die in anderen Städten nicht vorlagen. Vermutlich waren diese strukturellen Möglichkeiten die entscheidenden Determinanten für die Vorreiter-Rolle von Leipzig bei den Demonstrationen.

Hinzu kommt, daß die Unzufriedenheit der Leipziger Bürger besonderes hoch war (vgl. z. B. Hofmann und Rink 1990). Hierfür waren zunächst mehrere Ereignisse in der Vergangenheit von Bedeutung. So kam es im Jahre 1968 zu Protesten, weil die Universitätskirche auf dem Karl-Marx-Platz im Stadtzentrum abgerissen wurde. Im Juni 1989 erfolgten Polizei-Einsätze und Verhaftungen, weil ein Straßen-Musikfestival stattfand, das von den Behörden verboten worden war (Lieberwirth 1990). Diese Ereignisse dürften sowohl die Unzufriedenheit älterer als auch jüngerer Leipziger Bürger mit dem SED-Regime generell erhöht haben.

Weiter hatte Leipzig unter allen Großstädten die höchste Umweltbelastung, eine besonders schlechte Altbausubstanz und Versorgungslage. Da Leipzig Messestadt war, hatten viele Leipziger Bürger Kontakt mit Bürgern der Bundesrepublik. Dies galt nicht nur für Leipziger Geschäftsleute, sondern auch für andere Leipziger Bürger, die wegen der geringen Hotelkapazität Zimmer vermieteten. Diese Kontakte dürften die relative politische und wirtschaftliche Unzufriedenheit erhöht haben.

VI. Die Gewaltlosigkeit der Demonstrationen

An den Protesten in der DDR waren in hohem Maße Angehörige der Kirchen beteiligt. Von diesen wurde immer wieder Gewaltlosigkeit für jegliche Art von Opposition gefordert. Die Gewaltlosigkeit der Demonstrationen könnte also in der christlichen Ethik, die bei den kirchlichen Teilnehmern internalisiert war, ihre Wurzel haben. Wenn auch unter der großen Zahl der Teilnehmer an den Demonstrationen insgesamt nur wenige Angehörige der Kirchen waren, so könnten diese ebenfalls in hohem Maße Gewaltlosigkeit als Norm internalisiert haben.

Selbst wenn dies der Fall war, fragt es sich, ob dies für eine Erklärung der Gewaltlosigkeit ausreicht: Normen werden oft übertreten. Dies erschien bei den Demonstrationen aus folgendem Grunde in besonders hohem Maße wahrscheinlich. Bei hoher Unzufriedenheit besteht eine verbreitete Reaktion in Aggressivität und damit in Gewalt, insbesondere dann, wenn man Vertretern der Quelle jahrzehntelanger Frustration gegenübersteht. Die Erklärung der Gewaltlosigkeit durch internalisierte Normen reicht also nicht aus.

Es ist vielmehr anzunehmen, daß diejenigen, die sich engagierten, nur durch gewaltlose Formen des Engagements ihre politischen Ziele glauben erreichen zu können. Erstens konnte nur bei gewaltlosen Demonstrationen mit der Unterstützung anderer Bürger und des unmittelbaren sozialen Umfeldes gerechnet werden. Zweitens konnte aus der Sicht der Bürger das Regime nur bei Gewaltlosigkeit zur Erfüllung der Forderungen der Bürger gebracht werden, da ja nach offizieller Ideologie das Regime die

¹⁰ Diese Darstellung wird auch durch eine Reihe weiterer Quellen bestätigt: Vgl. neben den umfangreichen Berichten in dem genannten Buch von Schneider (1990) insbesondere Döhnert und Rummel (1990); Neues Forum (1990); Tetzner (1990).

Interessen des Volkes vertritt. Drittens hätte man bei gewaltsamen Aktionen der Regierung und den Sicherheitskräften eine Rechtfertigung zum Einschreiten und zur gewaltsamen Beendigung der Proteste und der Reformbewegung gegeben: Das SED-Regime hätte die Oppositionellen zutreffend als Randalierer und Kriminelle bezeichnen können. Eine derartige Stigmatisierung gewaltloser Demonstranten würde auf die Dauer unglaublich. Während der Demonstrationen schließlich bestand bei den Bürgern die Befürchtung, bei gewaltsamen Handlungen das Eingreifen der Sicherheitskräfte zu provozieren. Die Gewaltlosigkeit ist also dadurch zu erklären, daß sie als die wirksamste Strategie zur Erreichung politischer Ziele angesehen wurde.

Die Gewaltlosigkeit der Proteste ist schließlich auch dadurch zu erklären, daß vor und während der Demonstrationen starke soziale Anreize wirksam waren, die Gewalt verhinderten: Es wurde bei den Friedensegebeten und während der Demonstrationen von einer Vielzahl von Personen immer wieder zu Gewaltlosigkeit aufgerufen. Darüber hinaus wurde Gewalt physisch verhindert: Bürger schürten z.B. in Leipzig bei der Demonstration am 9. Oktober das Gebäude der Staatsicherheit vor möglichen Eindringlingen oder Beschädigungen ab.

VII. Diskussion

Die hier vorgeschlagene Erklärung wirft eine Reihe von Problemen auf, die abschließend diskutiert werden sollen. Zunächst fragt es sich, inwieweit die vorangegangene Erklärungsskizze empirisch zutrifft. Soweit keine Quellen genannt wurden, sind die vorangegangenen Ausführungen mit den Berichten einer Vielzahl von DDR-Bürgern, mit denen ich gesprochen habe, und mit publizierten Berichten über die Ereignisse in der DDR im Jahre 1989 (vgl. insbesondere Bohley et al. 1989; Lieberwirth 1990; Neues Forum Leipzig 1990) vereinbar. Diese Daten sind zwar kein harter Test der vorgeschlagenen Erklärung, verleihen ihr jedoch Plausibilität.

Eine weitere Frage, die bisher nicht behandelt wurde, ist, was die vorangegangenen theoretischen Überlegungen nicht erklären. Hierzu gehört der genaue Zeitpunkt der Demonstrationen und die genaue Anzahl der Teilnehmer bei den einzelnen Demonstrationen. Bei der Formulierung von Modellen, die diese Sachverhalte erklären können, müssen sehr spezifische Annahmen getroffen werden, insbesondere über die genaue Verteilung der genannten Variablen in der Bevölkerung und über die genauen Effekte interner und externer Veränderungen. Solche Modelle können zwar mangels Daten vermutlich niemals geprüft werden, sie sind jedoch theoretisch interessant, da sie eine Antwort auf die Frage erlauben könnten, unter welchen Bedingungen *generell* spontane Kooperation in Form gemeinsamen politischen Handelns in Diktaturen zustande kommt.

Die vorangegangene Analyse vernachlässigt eine wichtige Frage: Warum hat das SED-Regime nicht in anderer Weise reagiert und z.B. die chinesische Lösung gewählt? Um den Rahmen dieses Aufsatzes nicht zu überschreiten, konnte diese Frage nicht behandelt werden. Dies ist jedoch legitim, da bei der Erklärung der Proteste, die Gegenstand dieses Aufsatzes waren, die Reaktionen des SED-Regimes als gegeben betrachtet werden konnten.

Die vorangegangenen Überlegungen dürften schließlich für potentielle Revolutionäre von Bedeutung sein. Sie zeigen, daß tiefgreifende Änderungen einer Wirtschafts- und Sozialordnung nicht nur durch Terror und Gewalt erreichbar sind. Unter welchen Bedingungen *generell* spontane Revolutionen ohne Gewalt auftreten, bedarf jedoch einer weiteren Analyse, die in diesem Rahmen nicht geleistet werden konnte.

Literatur

- Ajzen, Ick: Attitudes, Personality, and Behavior, Milton Keynes 1988.
- Ajzen, Ick, und Martin Fishbein: Understanding Attitudes and Predicting Social Behavior, Englewood Cliffs, N.J. 1980.
- Bohley, Bärbel, Jürgen Fuchs, Katja Hitzemann, Rolf Henrich, Ralf Hirsch und Reinhard Weiglhub: 40 Jahre DDR. Und die Bürger melden sich zu Wort, Berlin 1989.
- Döhner, Albrecht, und Paulus Kummel: Die Leipziger Montagsdemonstrationen, in: Jürgen Grabner, Christiane Heinze und Detlef Pollack (Hrsg.), Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, Berlin 1990, S. 147-158.
- Faulstich, Norman T. (Hrsg.): Expectations and Actions: Expectancy-Value Models in Psychology, Hillsdale, N.J. 1982.
- Feydt, Sebastian, Christiane Heinze und Martin Schanz: Die Leipziger Friedensgebete, in: Jürgen Grabner, Christiane Heinze und Detlef Pollack (Hrsg.), Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, Berlin 1990, S. 123-135.
- Finkel, Steven E., Edward N. Muller und Karl-Dieter Opp: Personal Influence, Collective Rationality, and Mass Political Action, in: American Political Science Review, 83, 1989, S. 885-903.
- Fischer-Welshman, Sonderband DDR, Frankfurt 1990.
- Föllisch, Norman, und Joe A. Oppenheimer: Modern Political Economy, Englewood Cliffs, N.J. 1978.
- Föllisch, Norman, Joe A. Oppenheimer und Orrin R. Young: Political Leadership and Collective Goods, Princeton, N.J. 1971.
- Granovetter, Mark: Threshold Models of Collective Behavior, in: American Journal of Sociology, 83, 1978, S. 1420-1443.
- Granovetter, Mark: Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness, in: American Journal of Sociology, 91, 1986, S. 481-510.
- Heinze, Christiane, und Detlef Pollack: Zur Funktion der politisch alternativen Gruppen im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR, in: Jürgen Grabner, Christiane Heinze und Detlef Pollack (Hrsg.), Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, Berlin 1990, S. 82-90.
- Hirschman, Albert O.: Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States, Cambridge, Mass. 1970.
- Hofmann, Michael, und Dieter Rink: Der Leipziger Aufbruch 1989. Zur Genesis einer Heldensstadt, in: Jürgen Grabner, Christiane Heinze und Detlef Pollack (Hrsg.), Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, Berlin 1990, S. 114-122.
- Jenkins, J. Craig: Resource Mobilization Theory and the Study of Social Movements, in: Annual Review of Sociology, 9, 1983, S. 527-553.
- Jenkins, J. Craig, und Charles Perrow: Insurgency of the Powerless: Farm Worker Movements (1946-1972), in: American Sociological Review, 42, 1977, S. 249-268.
- Klandermans, Bert: Social Psychological Expansions of Resource Mobilization Theory, in: American Sociological Review, 49, 1984, S. 583-600.
- Kroeber, David: Incentives in Collective Action Organizations, in: American Sociological Review, 53, 1988, S. 311-329.
- Lieberwirth, Steffen (Hrsg.): Wer eyren spielmann zu tode schlaegt ... Ein mittelalterliches Zeitdokument anno 1989, Leipzig 1990.

- Marswell, Gerald, und Ruth E. Ames: Experiments on the Provision of Public Goods. I. Resources, Interest, Groups Size, and the Free-Rider Problem, in: *American Journal of Sociology*, 84, 1979, S. 1335-1360.
- McAdam, Doug: *Political Process and the Development of Black Insurgency 1930 - 1970*, Chicago/London 1982.
- McCarthy, John D., und Mayer N. Zald: The Trend of Social Movements in America: Professionalization and Resource Mobilization, Morristown, N.J. 1973.
- McCarthy, John D., und Mayer N. Zald: Resource Mobilization and Social Movements, in: *American Journal of Sociology*, 82, 1977, S. 1212-1241.
- Mitchell, Robert C.: National Environmental Lobbies and the Apparent Illogic of Collective Action, in: Clifford S. Russell (Hrsg.), *Collective Decision Making. Applications from Public Choice Theory*, Baltimore/London 1979, S. 87-136.
- Muller, Edward N.: *Aggressive Political Participation*, Princeton, N.J. 1979.
- Muller, Edward N., und Karl-Dieter Opp: Rational Choice and Rebellious Collective Action, in: *American Political Science Review*, 80, 1986, S. 471-489.
- Neues Forum Leipzig (Hrsg.): *Jetzt oder nie - Demokratie*. Leipziger Herbst '89, Leipzig/München 1990.
- Oberschall, Anthony: *Social Conflict and Social Movements*, Englewood Cliffs, N.J. 1973.
- Opp, Karl-Dieter: Soft Incentives and Collective Action. Participation in the Anti-Nuclear Movement, in: *British Journal of Political Science*, 16, 1986, S. 87-112.
- Opp, Karl-Dieter, in Zusammenarbeit mit Peter und Petra Hartmann: *The Rationality of Political Protest. A Comparative Analysis of Rational Choice Theory*, Boulder, Colorado 1989.
- Opp, Karl-Dieter und Wolfgang Koell: *Der Tschernobyl Effekt. Eine Untersuchung über die Ursachen politischen Protests*, Opladen 1990a.
- Opp, Karl-Dieter, und Wolfgang Koell: Repression, Micromobilization and Political Protest, in: *Social Forces*, 69, 1990b, S. 521-548.
- Pollock, Detlef: Ursachen des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR aus systemtheoretischer Perspektive, in: Jürgen Gubner, Christiane Heinze und Detlef Pollock (Hrsg.), *Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende*, Berlin 1990, S. 12-25.
- Popkin, Samuel: *Political Entrepreneurs and Peasant Movements in Vietnam*, in: Michael Taylor (Hrsg.), *Rationality and Revolution*, Cambridge 1988, S. 9-62.
- Prosch, Bernhard, und Martin Abraham: *Die Revolution in der DDR. Eine strukturell-individualistische Erklärungsskizze*, in: *Köln Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43, 1991, S. 291-301.
- Riker, William H., und Peter C. Ordeshook: *A Theory of the Calculus of Voting*, in: *American Political Science Review*, 65, 1968, S. 25-42.
- Riker, William H., und Peter C. Ordeshook: *An Introduction to Positive Political Theory*, Englewood Cliffs, N.J. 1973.
- Schelling, Thomas C.: *The Strategy of Conflict*, Cambridge, Mass. 1960.
- Schneider, Wolfgang (Hrsg.): *Leipziger Demonotagebuch*, Leipzig/Weimar 1990.
- Tetzner, Reiner: Leipziger Ring. Aufzeichnungen eines Montagsdemonstranten, Oktober 1989 bis 1. Mai 1990, Frankfurt 1990.
- Tillock, Harriet, und Denton E. Morrison: *Group Size and Contributions to Collective Action. An Examination of Olson's Theory Using Data from Zero Population Growth Inc.*, in: *Research in Social Movements, Conflicts and Change*, 2, 1979, S. 131-158.
- Tilly, Charles: *From Mobilization to Revolution*, New York 1978.
- Ullmann-Margalit, Edna: *Invisible-Hand Explanations*, in: *Synthese*, 39, 1978, S. 263-291.
- Useem, Bert: *Solidarity Model, Breakdown Model, and the Boston Anti-Busing Movement*, in: *American Sociological Review*, 45, 1980, S. 357-369.
- Vanberg, Viktor: *Unsichtbare-Hand Erklärung und soziale Normen*, in: Horst Tödt (Hrsg.), *Normengeleitetes Verhalten in den Sozialwissenschaften*, Berlin 1984, S. 115-147.
- Walsh, Edward J., und Rex H. Warland: *Social Movement Involvement in the Wake of a Nuclear Accident: Activists and Free Riders in the TMI Area*, in: *American Sociological Review*, 48, 1983, S. 764-780.
- White, James W.: *Rational Riots: Leaders, Followers, and Popular Protest in Early Japan*, in: *Politics and Society*, 16, 1988, S. 1-34.

- Wimmer, Micha, Christiane Prose, Sabine Braun und Bernhard Michalowski: *Wir sind das Volk. Die DDR im Aufbruch. Eine Chronik in Dokumenten und Bildern*, München 1990.
- Winkler, Gunnar (Hrsg.): *Sozialreport 90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR*, Berlin 1990.
- Zimmerling, Zeno, und Sabine Zimmerling (Hrsg.): *Neue Chronik der DDR. Folge 1 bis 5*, Berlin 1990.
- Korrespondenzanschrift: Prof. Dr. Karl-Dieter Opp, Universität Hamburg, Institut für Soziologie, Allende-Platz 1, 2000 Hamburg 13